

Redeskript

Horst Raupp, Gewerkschaftssekretär des DGB Südhessen, auf der Kundgebung „Der Odenwald bleibt BUNT“ am 7. Februar 2026 in Beerfelden

(es gilt das gesprochene Wort)

Es gibt in Deutschland eine Partei, die sich völlig zu Unrecht „Alternative“ nennt.

Wir stellen fest: Hass und Hetze sind keine Alternative!

Die afd und Herr Brandner mögen vielleicht völkisch sein - das gestehen wir Ihnen gerne zu - aber sie sind nicht das Volk.

Herr Brandner und die afd sind in Beerfelden und im Odenwaldkreis nicht willkommen!

Was „Remigration“ bedeutet, kann man sich aktuell in den USA anschauen, wenn Trumps „ICE“-Polizei auf offener Straße Jagd auf Menschen macht, Menschen verhaftet, verschleppt und misshandelt, unbewaffnete Menschen auf offener Straße erschießt. Die schockierenden Bilder in den USA erinnern viele Menschen zu Recht an SA-Methoden.

Wir stehen gemeinsam und solidarisch gegen alle Formen von Rassismus und rechter Hetze.

Es ist die gemeinsame Aufgabe aller Demokratinnen und Demokraten, rechten Hasspredigern und ihren menschenverachtenden braunen Parolen klar, laut und deutlich widersprechen. Deshalb sind wir heute hier.

Wir Gewerkschafter*innen engagieren uns mit Nachdruck gegen alle Formen von Rassismus und Antisemitismus, gegen alten und neuen Faschismus.

Wir stehen für eine klare politische Haltung: im Betrieb wie in der Politik.

Wir stehen aktiv ein für Demokratie, Solidarität und Gerechtigkeit.

Wir lassen uns nicht gegeneinander aufhetzen, denn wir wissen:

Nur gemeinsam sind wir stark! Nur gemeinsam und solidarisch können wir erfolgreich kämpfen für ein gutes Leben für alle Menschen!

Die sogenannte „Alternative“ gibt sich gerne als Partei der sogenannten kleinen Leute aus.

Zutreffend ist das genaue Gegenteil.

Die Rechtsextremisten sind die falschen Freunde der „einfachen Menschen“.

Die sogenannte „Alternative“ ist ihrem Kern nicht nur eine rassistische, sondern auch eine aggressiv marktradikale, arbeitnehmer*innen- und gewerkschaftsfeindliche Partei.

Ein Wahlerfolg der afd würde denen am meisten schaden, die sie wählen.

Unsere Wahlempfehlung für die Kommunalwahl am 15. März 2026 ist:

wählen gehen und demokratisch wählen - und möglichst viele Menschen überzeugen und motivieren, ebenfalls wählen zu gehen und für demokratische Parteien zu stimmen.

Macht das Kreuz auf dem Stimmzettel dort, wo es garantiert keinen Haken hat.

Für die Feinde der Demokratie ist in den Parlamenten kein Platz!

Wir fordern, dass rechtsextremistische Parteien von der staatlichen Parteienfinanzierung ausgeschlossen werden.

Wer gegen die Demokratie hetzt und die Menschenwürde mit Füßen tritt, hat keinen Anspruch auf staatliche Gelder.

Kein Steuergeld für Nazi-Propaganda!

Wir fordern die Politik mit Nachdruck auf, endlich ein Verbotsverfahren gegen die AfD einzuleiten.

Rechtsextreme und Nazi-Parteien gehören verboten!

Putin und Trump versuchen gemeinsam mit rechtsextremistischen Parteien, Europa zu destabilisieren.

Wir verteidigen Europa, die Demokratie, die Menschenrechte und die Menschenwürde gemeinsam, entschlossen und solidarisch gegen den Angriff von Rechtsaußen!

Dazu müssen wir auch die soziale Frage und die Verteilungsfrage offensiv angehen.

Gute Löhne und gute Renten, soziale Sicherheit, bezahlbare Wohnungen, eine intakte Umwelt, lebenswerte Städte und Gemeinden, eine gerechte Steuerpolitik und ein gutes Leben für alle Menschen sind kein Luxus, sondern das Fundament unserer Demokratie! Und dieses Fundament muss ausgebaut und gestärkt werden. Das nimmt auch den Feinden der Demokratie den Wind aus den Segeln!

Beerfelden und der Odenwaldkreis bleiben bunt und demokratisch!

Für Nazis, egal ob braun oder blau, ist in Beerfelden und im Odenwaldkreis kein Platz - und auch sonst nirgendwo!

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Faschismus gehört auf den Müllhafen der Geschichte!

Deshalb: Nie wieder Faschismus!

Und nie wieder ist jetzt!